

Mali: zunehmend isoliert?

Von Georges Hallermayer

Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO (ECOWAS) hatte nach den Militärputschen in Mali gegen Präsident Keita (24.8.2020) und gegen Übergangspräsident MBah N'Daw (24.5.2021), in Guinea (5.9.2021 gegen Alpha Condé) und Burkina Faso (24.1. 2022 gegen Blaise Compaoré) unterschiedliche Sanktionen verhängt, um frühzeitige Wahlen zu erzwingen, welche die Rückkehr der politischen Eliten und „business as usual“ ermöglichen sollen. Während die Sanktionen gegen Guinea keine finanzpolitischen Hebel umfasst und Burkina-Fasos Mitgliedschaft bloß suspendiert ist, soll mit Mali ein Exempel statuiert werden. Wird die Übergangsregierung widerstehen...?

Der Finanzhahn wird zuge dreht

Mali steckt finanziell in einer Zwickmühle, die westafrikanischen Zentralbank BCEAO hat ein Embargo verhängt. Das Land konnte über die von Paris gesteuerte Währung Franc-CFA ihren fälligen Schuldendienst nicht bedienen, was wiederum am 14. April die Weltbank wegen „Zahlungsverzugs“ zu einer Sperre ihrer Hilfsgelder veranlasste.

Wie ein Schneeball-Effekt könnte sich dies auf Kredite des Weltwährungsfonds und der Afrikanischen Entwicklungsbank auswirken, könnte auch Investoren abschrecken und so den Druck verstärken. Doch diese Rechnung scheint zu kurz gedacht, nicht nur wenn es um das strategisch relevante Lithium geht: Ecofin, die französische Wirtschaftsberatungsgesellschaft, berichtete am 6. Mai, dass chinesische Investoren in Mali 3,7 Mio. Dollar in „Kodal Minerals“ investierten. Auf der 20. Edition des „Doha Forum 2022“ im März warb Premierminister Choguel Maiga um Direktinvestitionen mit „einem Markt von 20 Millionen Menschen, Goldminen, Gasreserven, den zwei größten Flüssen Westafrikas (Niger und Senegal), mehr als 3 Mio. Hektar bebaubares Land, nach Nigeria die zweitgrößte Rinderherde. Sogar das Energiedefizit könnte gleichermaßen Investoren interessieren...“¹. Zwar ist das Bruttoinlandsprodukt 2021 leicht um 3,1 Prozent gestiegen, aber längere Sanktionen könnten nach Ansicht der Weltbank das Land in die Rezession treiben. Und der Weltwährungsfonds sieht einen Anstieg des Schuldendienstes auf 37,6 % des Staatshaushalts voraus.

Mit Sanktionen leben ...

1 Jara Rizk: „Sanctions contre le Mali: les investisseurs étrangers bientôt au rendez-vous?“ Jeune Afrique 7. Juni 2022

Bislang hielten sich die Folgen der Sanktionen dennoch in Grenzen, auch wenn die Bevölkerung unter den Preissteigerungen infolge der Pandemie und des Ukraine-Konflikts leidet. Der Schwarzmarkt-Handel greift um sich, denn „selbst die staatlich festgelegten Preise für Grundnahrungsmittel werden nicht respektiert“.

Die Regierung umgeht das Finanz-Embargo der Zentralbank BCEAO und wickelt ihren Zahlungsverkehr wie Steuern und Gehälter per Scheck mit malischen Geschäftsbanken ab, erklärte Mossadeck Bally, Präsident des thinktanks Grain. Die US-amerikanische Ratingagentur Moody's appellierte am 3. Juni an die BCEA, das regionale Bankensystem nicht zu gefährden.

Das Handels-Embargo unterläuft die Militärjunta in Kooperation mit Guineas Interimsregierung. Durch Guineas offene Grenzen verlagern sich die Handelsströme vom senegalesischen Hafen Dakar zum nunmehr boomenden Hafen in Conakry. Globale Marktinteressen machen es möglich, den Großteil der Baumwollernte wie bisher via Landwirtschaftliche Entwicklungsbank BNDA und Entwicklungsbank von Mali (BDM) über Burkina Faso abzuwickeln. Mali profitiert als Afrikas größte Baumwollproduzent von den hohen Weltmarktpreisen.

Am 9. Mai hielt die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion UEMOA (die sich teilweise mit CEDEAO/ECOWAS überlappt) mit der Zentralbank BCEAO ihr Gipfeltreffen in der Hauptstadt der Elfenbeinküste Abidjan. Die Organisation ist uneinig. Der Präsident Togos sprach sich für einen Dialog aus und brachte eine Übergangsfrist von 24 Monaten ins Gespräch. Dazu hatte er am 4. Mai Übergangspräsident Assimi Goita in Lome empfangen und sich als Mediator angeboten. Die von einer Gruppe malischer Anwälte angestrebte Sammelklage gegen die CEDEAO/ECOWAS vor dem UEMOA Gerichtshof – eine afrikanische Premiere -, die Sanktionen zu annullieren, wird Zeit brauchen. Aktuell gehe es darum, frühere „Entscheidungen des UEMOA-Gerichtshofes umzusetzen, das Embargo gegen Mali auszusetzen und die Übergangs-Regierungen über einen einvernehmlichen und vernünftigen Zeitplan hinaus zu grundlegenden Reformen der politischen Führung und der Sicherheitslage aufzufordern“, kommentierte Dr. Oswald Padonou, Präsidentenberater in Benin, im Interview mit der französischen Zeitschrift „Jeune Afrique“. Das Gipfeltreffen am 4. Juni in Accra mit ihrem Mediator, dem früheren nigerianischen Präsidenten Goodluck Jonathan, hatte ihre Entscheidung um einen Monat verschoben. Das Kräftemessen mit CEDEAO/ECOWAS geht in eine neue Runde. Offensichtlich hatte die malische Übergangsregierung die 18monatige Übergangszeit und die Ernennung eines „neutralen“ Premiers, also die Entlassung von Choguel Maiga, nicht akzeptiert.² Daraufhin erklärte Colonel Assimi Goita per Dekret einen 24monatigen Übergang bis zum 26. März 2024. (Die Interimsregierungen in Burkina Faso und Guinea haben eine dreijährige Übergangszeit geplant.)

Das militärische Vakuum zu füllen –mit russischer Unterstützung

In Mali hat die Militärregierung am 3. Mai die seit der Unabhängigkeit bestehenden, und 2013 und 2014 aktualisierten militärischen „Beistands“-Verträge mit Frankreich einseitig aufgekündigt. Am nächsten Tag traf sich der UN-Sicherheitsrat auf Antrag Russlands, denn Mali hatte „wiederholte vorsätzliche Verletzungen des nationalen Luftraums durch ausländische Luftfahrzeuge“ angeprangert, „insbesondere der französischen Streitkräfte zur Spionage, Einschüchterung und Subversion“ so „Voice of America“. Die Militärregierung hatte bereits Radio France International und den staatlichen Nachrichtensender France24 verbannt. Aber das Fass zum Überlaufen gebracht hatte die Veröffentlichung von Satelliten-Fotos, das die Aushebung eines Massengrabes zeigte, und die mediale Unterstellung, die malische Armee (FAMA) und russische Soldaten („Wagner“) hätten in Gossi ein Massaker angerichtet. Fakt ist: Die FAMA hatte am 20. April den am Vortrag von „Barkhane“ aufgegebenen Militärstützpunkt in Gossi übernommen, die nächtliche Sicherheitspatrouille entdeckte am folgenden Tag das Massengrab in unmittelbarer Nähe. Kollateralschäden des vergangenen Jahrzehnts?

Mitte Mai trafen sich auch die 15 CEDEAO-Generalstabs-Chefs in Accra (Ghana), um die Entscheidungen Frankreichs und der Europäischen Union umzusetzen. Denn in den kommenden sechs Monaten werden deren Truppen umgruppiert: Der Abzug der französischen Mission „Barkhane“ ins benachbarte Niger sowie der EU-Militärmission „Takuba“, das Ende der erfolglosen EU-Trainingsmission EUTM Mali³ und die Integration der deutschen Truppen in die nigrische Mission „ISOTF Gazelle“. Dazu steht die jährliche Verlängerung der UN-Mission „MINUSMA“ mit 15.000 Soldaten infrage – nach neun Jahren und 258 Todesopfern. Die logistische Unterstützung von „Barkhane“ ist zu ersetzen. Die malische Armee blockierte bereits zum zweiten Mal eine MINUSMA-Patrouille, meldete der TV-Sender Al Araby am 20. Mai.

Um Mali „nicht Russland zu überlassen“, wie das „Bundeswehr-Journal“ am 10. März schrieb, ist eine Aufstockung der deutschen Beteiligung an MINUSMA auf 1.400 Soldaten geplant, Benin zieht seine Truppen von MINUSMA zurück, um im eigenen Land die djihadistischen Banden aus Niger und Burkina Faso zu bekämpfen.

Nun hat die malische Übergangsregierung auch noch der quasi moribunden Regionalorganisation G5-Sahel den Rücken gekehrt, hält allerdings die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern aufrecht.

Befriedung? Verhandlungen im Norden - Militär im Zentrum

Neben den laufenden Gesprächen zur Umsetzung des Algier-Abkommens versucht die Militärführung weitere oppositionelle Gruppen im Norden in den

3 Aus österreichischer Sicht ist hier zu ergänzen, das mit Jahresbeginn 2022 das österreichische Bundesheer nicht nur das Kommando dieses Projektes übernommen sondern auch seinen eigenen Mannschaftsstand wesentlich erhöht hat. Dass dies zu einem Zeitpunkt geschehen ist, wo z.B. in Deutschland bereits ein Abzug aus Mali ernsthaft zur Debatte stand, ist eine der Merkwürdigkeit der österreichischen Heerespolitik. Anm. Fritz Edlinger.

Verhandlungsprozess einzubeziehen und gegen den IS zu positionieren. So tötete die Tuareg-Gruppe MSA über 30 Kämpfer des Islamischen Staates, berichtete maliactu am 30. Mai. Bereits im Januar hatte sich Verteidigungsminister, Colonel Sadio Camara, mit General El Haji Ag Gamou von der Gruppe „Gatia“ getroffen. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen im Rahmen des „Nationalen Sozialen Dialogs“ ist geplant, in den Entwurf einer neuen Verfassung einzufließen, der dann in einer Volksabstimmung angenommen werden soll, was auch die Dauer der Transition erklärt.

Hauptsorge der Übergangsregierung gilt den Attacken bewaffneter Gruppen in den Zentralprovinzen - seit Januar bereits mehr als 840. Übergangspräsident Assimi Goita fährt eine Doppelstrategie, militärisch mit russischer Unterstützung die terroristischen Gruppen zu bekämpfen und dabei die widerstreitenden Interessen von Dorfgemeinden und von Ackerbauern und Rinderzüchtern vor dem Hintergrund der vordringenden Sahara raumordnend zu lösen.

Am 20. Mai traf Außenminister Abdoulaye Diop seinen russischen Ressortkollegen Sergei Lawrow in Moskau, der vor der realen Gefahr warnte, dass in Mali „Enklaven der Anarchie entstehen, in denen die Kämpfer illegaler bewaffneter Gruppen frei agieren können“. Er versicherte über die militärische Unterstützung hinaus, Getreide, Petroleum und Mineraldünger zu liefern. Abdoulaye Diop sagte Reportern, er glaube, „einige unserer Partner haben noch nicht begriffen, dass sich die Dinge geändert haben...das einzige Problem, das wir haben, ist, dass die Malier beschlossen haben, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und ihr Land nach ihren eigenen Vorstellungen zu führen.“

Russische Soldaten wurden beschuldigt, nach einer Fallschirm-Aktion zusammen mit der malischen Armee das Dorf Moura (Region Mopti) fünf Tage besetzt gehalten und Hunderte von Bürgern als Dihadisten getötet zu haben⁴. Nach der Stellungnahme des Generalstabs habe FAMA ein Meeting der Terroristen zerstreut, 203 Terroristen getötet und 51 verhaftet. Die starke Gegenwehr habe man mit eigenen Verlusten bezahlt.

Counterforce

Der Konflikt mit Frankreich und der Europäische Union wird auch in den sozialen Medien ausgetragen. Mit 110.000 Euro, so Jeune Afrique am 10. Mai, finanziert die EU etwa Hundert von Bloggern eine „Fortbildung“ und gibt für 259.000 Euro Ausrüstung dazu, um „Journalisten zu korrumpieren und Influencer zu beeinflussen“.

In der malischen Presse wurde die Befürchtung laut, dass das „Massaker von Moura“ zum Anlass genommen werde, den Internationalen Strafgerichtshof einzuschalten, um so in der Folge auch „humanitäre“ Interventionen zu ermöglichen.

4 Von Regierungsseite wird bestritten, dass russische Söldner im Lande seien.: Dazu: Amy Mackinnon: „Russia’s Wagner Group Doesn’t Actually Exist“ Foreign Policy 6. Juli 2021

Die Armee und die Regierung zu unterstützen, wurde von verschiedenen Bewegungen, darunter M5-RFP, zu einer zentralen Großdemonstration am 13. Mai aufgerufen. Die religiöse Autorität des Landes, der Cherif von Nioro, zeigte sich demonstrativ den Tausenden Demonstranten auf dem Unabhängigkeitsplatz Bamakos. Antifranzösische Slogans: „Macron! Wofür Deine Dronen?“ und russische Fahnen „Russland für die Souveränität Afrikas“ waren massiv vertreten.

Wie zugespitzt die innenpolitische Lage war, zeigte der von einem unbenannten „westlichen Staat“ unterstützte Putschversuch in der Nacht vom 11./12. Mai. Eine „Gruppe fortschrittsfeindlicher malischer Offiziere und Unteroffiziere in der böartigen Absicht, die Dynamik der Neugründung Malis zu unterbrechen“ hatte einen Staatsstreich unternommen, so der staatliche TV-Sender. Als Drahtzieher wurden Colonel Amadou Keita aus dem inneren Zirkel der Übergangsregierung und Malick Diaw, Präsident des Übergangsparlaments verhaftet.

Chogul Maiga, nicht nur Premierminister, sondern auch Präsident des Bündnisses M5RFP, das maßgeblich zum Sturz des verhassten Präsidenten Ibrahim Boubakar Keita beigetragen hatte, steht ob „seiner Arroganz“ in der Kritik. Nunmehr haben mehrere Initiativen und Parteien im Bündnis M5 RFP den Rücktritt des Premiers gefordert.

Erhebt sich abschließend die Frage: Wird die CEDAO und UEMOA ihre Sanktionspolitik überdenken? Wird vom Ausgang der Parlamentswahlen in Frankreich auch das Vorgehen in Mali abhängen?

Innenpolitisch drängt die Integration des Nordens zu einer Lösung, um den Zusammenhalt des Landes wiederherzustellen - was allerdings große politisch-ökonomische Zugeständnisse und die Änderung der Verfassung erfordert. Ist der „nationale Dialog“ mit den widersprüchlichen Interessenlage konsensfähig? Wird das Referendum in der Übergangszeit abgehalten oder auf die lange Bank geschoben?

Georges Hallermayer 6. Mai 2022, last updated 8. Juni 2022

Georges Hallermayer, Studium der Geschichte, Germanistik und Sozialwissenschaften; Stv. Leiter des Carl-Duisberg Centrums in Dortmund und Saarbrücken; publiziert regelmäßig in verschiedenen Medien in Deutschland und Österreich vorrangig zu afrikanischen Themen; regelmäßiger Autor in INTERNATIONAL.

E-Mail: georges.hallermayer@wanadoo.fr